

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919**

313 (11.11.1919) Erstes und Zweites Blatt







### Allgemeine Ausfuhrzölle in Sicht.

Der tiefe Stand unserer Valuta hat bekanntlich zur Folge, daß deutsche Erzeugnisse zu Breiten an das Ausland verkauft werden, die dort als Scheu- oder Dumping) empfunden werden, da sie den Weltmarkt der Länder mit normaler Valuta vollkommen überfluten und der eigenen Produktion in diesen Ländern eine schwere Konkurrenz bereiten. Es wurde deshalb wiederholt darauf hingewiesen, daß wir unsere Erzeugnisse an das Ausland mit Preisabschlägen verkaufen müssen, die den Valutawert ausgleichen. Für eine richtige Bemessung der Ausfuhrzölle sind in letzter Zeit verschiedene Vorschläge gemacht worden. In den wirtschaftlichen Kreisen wird die Forderung einer ausreichenden Preisbindung durch Selbstverwertungs-förderer der Industrie nachdrücklich vertreten.

Von anderer Seite ist an die Reichsregierung die Anregung gelangt, es sollten allgemeine Ausfuhrzölle eingeführt werden, um den Exporteur zu zwingen, seine Ausfuhrzölle an den Weltmarkt zu erhöhen. In der „D. M. W.“ vom 6. d. M. findet sich nun ein volkswirtschaftlicher Teil ein Aufsatz „Ausfuhrzölle“, der zwar nicht als hauptsächlich gekennzeichnet ist, der aber unzweifelhaft die Aufgabe hat, einer von der Regierung bereits ins Auge gefassten Einführung allgemeiner Ausfuhrzölle die Wege zu ebnen. Der Aufsatz vertritt die Ansicht, die Vorteile des Ausfuhrzölles seien unter den heutigen Verhältnissen so stark in die Augen springend und so dringend erforderlich, daß mit allen Mitteln versucht werden müsse, die entgegenstehenden Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, ganz abgesehen davon, daß die Ausfuhrzölle sehr beträchtliche Summen einbringen würden, die sonst in die Tasche privater Kreise fließen. Es müßten für jede Tarifnummer des Zolltarifs nach Prüfung von Sachverständigenkommissionen Ausfuhrzölle festgesetzt werden, die bei steigender Valuta und bei fallenden Weltmarktpreisen ohne geschwerliche Schwierigkeiten abgeändert werden könnten.

Die wirtschaftlichen Kreise werden gut tun, sobald wir möglich an eine Prüfung der Frage heranzutreten. Hierbei mögen folgende Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Der Ausschlag in dem öffentlichen Urteil liegt nicht nur in der Höhe der Ausfuhrzölle, sondern auch in der Art der Besteuerung, die ebenfalls unter einer solchen Valuta leiden. In Betracht kommt in jeder Beziehung vor allem die Tschecho-Slowakei, Polen, Süd-Slavien, Bulgarien und später Südland. Länder, die künftig für unseren Außenhandel von ganz besonderer Bedeutung sein werden, weil sie uns wenigstens einen teilweisen Ersatz für die verlorenen Liefermärkte gewähren können.

Es ist nun ganz ausgeschlossen, daß diese Länder sich deutsche Ausfuhrzölle in so beträchtlicher Höhe gefallen lassen würden, wie sie nötig wären, um die Preisbindungen bei der Ausfuhr zu verhindern. Wir sind auf diese Länder als Lieferanten von Lebensmitteln und Rohstoffen in hohem Grade angewiesen. Sie hätten es daher in der Hand, auf diese Ausfuhrzölle ebenfalls Ausfuhrzölle zu legen, die uns unsere Versorgung mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen sehr wesentlich erschweren würden. Hierzu ist es nicht nur die deutsche Industrie, sondern auch die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Osten und Südosten unterbunden würden.

Der Ausschlag wendet sich gegen die jetzt bestehenden Preisbindungen durch die Außenhandelsstellen, deren Ausbau zur Verhinderung der Preisbindungen der Nachteil hätte, daß die bestehenden Ausfuhrzölle auch auf die bisher ausfuhrfrei gehaltenen Waren bezogen werden müßten. Dadurch würde ein fast völlig lückenloses Ausfuhrzölloberbau auf alle Waren gehen und das viel beschränkte Ausfuhrzölloberbau mit seinen bürokratischen Schwierigkeiten würde noch weiter ausgedehnt. Zugunsten ist ohne weiteres, daß das bisherige System der Ausfuhrzölle in der Praxis unzulänglich und in hohem Grade reformbedürftig war. Gerade deshalb wird aber gegenwärtig das Verfahren der Ausfuhrzölle in einer den praktischen Bedürfnissen dienlicher Weise abgeändert. Wäre es möglich, die Ausfuhrzölle an die jeweiligen Schwankungen der Valuta anzupassen, so wäre die Preisbindung durch die Ausfuhrzölle zu machen, dann würde die Maßregel ernstlich erwägenswert sein. Da aber, wie nachgewiesen ist, die Ausfuhrzölle nur eine solche Höhe haben könnten, daß sie allein die Preisbindung nicht zu verhindern in der Lage wären, müßte die Preisbindung bei der Ausfuhr durch die Außenhandelsstellen doch bestehen bleiben, damit allgemein den Valutaunterstützung ausbleibende Aufschläge auf die Inlandspreise erhoben werden. Die Preisprüfung wäre also auch bei einer Erhebung von Ausfuhrzöllen nicht zu entbehren. Das Ziel einer Verhinderung der Preisbindungen und der daraus unteren Außenhandel drohenden Gefahren kann nur erreicht werden durch einen Ausbau der Ausfuhrzölle durch Selbstverwertungs-förderer der Industrie. Man vermag sich nicht vorstellen, daß die Schwierigkeiten, die eine Anpassung der Preisbindung an die jeweiligen Schwankungen der Valuta und der Weltmarktpreise bedingen würde. Gegenüber der Kontrolle der Ausfuhrpreise durch die Außenhandelsstellen, die ständig für ihre Industrie über die Weltmarktlage unterrichtet sind, eine Kleinigkeit.

### Die deutsche Republik.

#### Die oberösterreichischen Gemeinderatswahlen.

(Eigener Drahtbericht.)

Studenburg, 10. Nov. Am Kreistag Studenburg teilen dem „Wanderer“ zufolge sämtliche Eise im südlichen Teil des Kreises den Nationalpolen und Sozialistischen Polen an. In den großen Gruppenorten wurden über 2 Drittel Nationalpolen und Sozialistische Polen gewählt. In Studenburg selbst fiel die Hälfte der Eise den Nationalpolen zu. Die Höhe des Prozentstückes der politischen Stimmen geht auf Kosten der Unabhängigen, der Mehrheitssozialdemokraten und des Zentrums, die bedeutenden Stimmenverluste zu verzeichnen haben, während die Deutsche-Nationale Volkspartei und die Deutsche Demokratische Partei ihre Stimmenzahl behauptet haben.

Neutreu, 10. Nov. (Eig. Draht.) Bei den gestrigen Gemeinderatswahlen (Stadtverordnetenwahlen) wurden in Neutreu gewählt: vom Zentrum 21, Politische Nationalpartei 18, Bauernpartei 5, Mehrheitssozialisten 5, Demokraten 3, Deutsche-Nationale 8, Politische Sozialdemokraten 2, Sozialistische 1, Unabhängige 1 Kandidat.

In Gleiwitz wurden abgegeben: für die Deutsche-Nationale 2366 Stimmen, Demokraten 2185, Zentrum 1712, Mehrheitssozialisten 1992, Unabhängige 1212, Volkspartei 684 und Polen 4850 Stimmen.

In Rattowitz wurden abgegeben: für die Deutsche-Nationale Partei 3008, Demokraten 2127, Zentrum 4282, Mehrheitssozialisten 1406, Kriegsveteranen 403, Wirtschaftlicher Verband 860, Polen 3086, Unabhängige 1140 Stimmen. In den westlichen Bezirken sind die gewählten Abgeordneten überwiegend politischer Nationalität.

Neutreu, 10. Nov. (Wolff.) (Eig. Drahtbericht.) Das Gesamtergebnis läßt sich dahin zusammenfassen, daß Zentrum und Mehrheitssozialisten große Stimmenverluste zu verzeichnen haben, dagegen die Polen überall mit Stimmengewinn rechnen können, namentlich in den Randgemeinden.

Wien, 10. Nov. (Eig. Drahtber.) In Gleiwitz haben die Polen 12 Mandate erhalten, während sie früher keines besaßen. In Rattowitz erhielten das Zentrum 12 Eise, die Deutsche-Nationalen 9, Polen 7, Demokraten 5, Sozialdemokraten 3, U. S. R. 3, Wirtschaftlicher Verband 3, Kriegsveteranen 1 Eise, in Königsbrunn erhielten die Polen 10, Zentrum 16, Sozialdemokraten 2, U. S. R. 5, Deutsche-Nationale 3, Büroarbeiter und Demokraten zusammen 12, politische Sozialdemokraten 1 Eise.

Breslau, 10. Nov. (Wolff.) (Eig. Drahtbericht.) Die Preussische des Reichs- und Staatskommissionen für Schienen und Weisen teilte mit: Anläufe der händia zunehmenden Teueruna zeitlich bei der Arbeiterschaft im oberösterreichischen Zentralindustrie-revier das Bestreben nach Lohnaufbesserung. Die Arbeiterschaft der Gewerkschaften befaßt sich daher schon seit einiger Zeit mit der Vermittlung und Prüfung der für neue Tarifverhandlungen erforderlichen Unterlagen. Auch beim oberösterreichischen Bergarbeiterverband für Verwertung- und Stüttenbetriebe wird den Vorarbeiten an den Tarifverhandlungen das größte Interesse entgegengebracht. Gegenüber vorliegenden Alarmnachrichten, die von einem neuen Streikführer, einer Gräuna unter der Arbeiterschaft und östlichem mehr zu berichten wukten, muß festgestellt werden, daß von derartigen Erscheinungen nicht die Rede sein kann.

### Aus dem „Reichsanzeiger“.

Berlin, 10. Nov. Der „Reichsanzeiger“ enthält den Geleitwort über die Errichtung eines Reichsministeriums für den Wiederaufbau, den Geleitwort über die Errichtung einer Provinz Oberösterreich und eine Verordnung über die Erhöhung der Eisenbahnjahreslohn bei Dienststellen der Staatsbeamten.

Beflagnahme der privaten Güterwagen. (Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 10. Nov. Das Reichsverkehrsministerium teilte mit: Die Verordnung über die Beflag-nahme der Privatwagen ist im Reichsanzeiger erschienen. Alle für die Beförderung von Kohlen, Holz und Bricks einstellten privaten Güterwagen, die im öffentlichen Verkehr verwendbar sind, unterliegen der Beflag-nahme und werden von der Eisenbahnverwaltung, in deren Park sie einstellt sind, im öffentlichen Verkehr zum Nutzen der Allgemeinheit verwendet. Auch diese Beflag-nahme bedeutet ein tiefes Einwirken in die wirtschaftlichen Verhältnisse und wird von den Eisenbahnern der Privatwagen vielfach als Stöck empfunden. Im Anlaßnahmenarbeiten vorzubeugen, waren die Eisenbahndirektionen schon längere Zeit angewiesen worden, die Einstellung von Privatwagen für Kohlen nur zu genehmigen, wenn die Reichs-fahnenkommission zustimmt. Bei der zunehmenden Kohlenknappheit wurde die Gefahr einer unannehmlichen Verlosung mit Kohlen immer größer, so daß die Reichsverwaltung an rücksichtslosem Einwirken annehmen wurde.

Die Erinnerung an einen schwarzen Tag. (Eigener Drahtbericht.)

Wien, 10. Nov. (Wolff.) Die britischen Behörden ordnen an, daß der Streckenverkehr in Erinnerung an den Abschluß des Waffenstillstandes im Jahre 1918 am 11. November, 11 Uhr vormittags, zwei Minuten lang unterbrochen werden muß.

### Auswärtige Staaten.

#### Vorarlberg und die Schweiz.

(Eigener Drahtbericht.)

Bern, 10. Nov. (Schweiz, Dep. Wa.) Am Sonntag fand in Vorarlberg zwischen Führern der Vorarlberger Antifalkbewegung und Abgeordneten der schweizerischen Kantone der Schweiz eine Räumungstafel statt, der die Prüfung der Antifalkfrage zurunde lag. Aus den Darlegungen der vorarlberger Antifalkbewegung ging hervor, daß die Antifalkbewegung weit davon entfernt ist, abzuweichen, vielmehr in ständigem Wachstum begriffen ist. Vorarlberg steht nicht wie vor auf dem Standpunkte, wie er durch die Veranlassung des neuen ist und fast alle Hoffnungen auf den Schweizer Bundesrat, das Schweizer Volk und den Völkerverbund. In Anbetracht der Ereignisse der letzten Zeit, die die Frage in ein neues Licht rufen, stimmten die Delegierten beider Länder darin überein, ihre Anstrengungen zu vereinigen, die Vertreter der Schweiz beschloßen die Schaffung eines zentralen Organs. Ohne augenblicklich sich mit der Frage des Anschlusses an die Schweiz zu befassen, beschloßen sie, die Verlosung an Vorarlberg durch die Schweiz zu verhindern, damit Vorarlberg wirtschaftlich und auch politisch unabhängig dastehen könne.

Die österreichische Unterjuchungsaktion. (Eigener Drahtbericht.)

Wien, 10. Nov. (Wolff.) Der Interjuchungs-ausschuß zur Erhebung der militä-rischen Pflichtverletzungen im Kriege hörte die Reuen in der Anwesenheit des Auf-mensbruchs der Südwestfront und des Waffenstillstandes mit Italien. Als erster erließ der ehemalige Chef des Generalstabes Tra vor dem Interjuchungsausschuß. Er machte im wesentlichen dieselben Angaben wie sein Stellvertreter Waldhaufen. Nach ihm war der Auf-mensbruchs der Armee nicht mehr aufzuhalten. Die Italiener näherten die Kräfte aus, die ihnen durch den Waffenstillstandsvertrag zur Verfügung ihrer Unterjuchungsaktion ernüchelt wurde, und die Armee konnte sich demnach nicht wehren. Weiter wurde von dem Generalstabeschef der Monarchie, Oberst Körner, und der Generalstabeschef der Armee in Albanien, Oberst Schneider. Damit sind die

Reuenaussagen in dieser Anwesenheit abgeschlossen. Der Erhebungsausschuß wird der Reuenaussagen in 14 Tagen Bericht erstatten.

### Zur Räumung Ungarns.

(Eigener Drahtbericht.)

Bern, 10. Nov. (Wolff.) Die Friedenskonferenz ließ Rumänien eine Note zukommen, in der der Rückzug der rumänischen Truppen aus Ungarn verlangt wird. In dem sich der Oberste Rat auf vorbereitende Noten bezieht, verlangt er den Rückzug innerhalb der früher notifizierten Grenzen, die nunmehr als definitiv betrachtet werden sollen. Der Oberste Rat teilte Rumänien mit, daß er den Rückzug der Serben, Kroaten, Slowenen und der Südslaven aus dem ungarischen Territorium ebenfalls verlangte.

Rücktritt des holländischen Kolonialministers. (Eigener Drahtbericht.)

Saag, 10. Nov. (Wolff.) Der holländische Kolonialminister J. den Uyl hat aus Gesundheits-rücksichten das Amt als Kolonialminister zurückgetreten.

Belgische Menschenfreundlichkeit. (Eigener Drahtbericht.)

Brüssel, 10. Nov. (Wolff.) Die Brüsseler „Gazette“ befragt die Anwesenheit der deutschen Delegationen in London und die Frage des Wismansels, die dort zur Verhandlung kommt. Sie bemerkt zum Schluß mündlich: Und nun sollen wir die Leberbevölkerung Deutschlands wünschen, dessen Leberbevölkerung die Kreis-urade anrufen ist? Deutschland ist, wie es ist, ist, bevölkert genug. Ein Überdruck an Bevölkerung in Deutschland wird immer eine Gefahr für die Welt bedeuten.

Nachhandlung des belgischen Kolonialministers. (Eigener Drahtbericht.)

Paris, 10. Nov. (Wolff.) Dem „Reit Parisien“ wird aus Brüssel gemeldet, daß Kolonialminister Franc, als er von einer Generalversammlung in Antwerpen zurückkehrte, in der Nähe der Stadt von einer beträchtlichen Anzahl politischer Gegner angegriffen und mißhandelt wurde. Franc mußte einige Rebellenschüsse abgeben, um loszukommen. Die Angreifer konnten erst zerstreut werden, als Polizei erschien.

Die Blockade in der Ostsee. (Eigener Drahtbericht.)

Brüssel, 10. Nov. (Wolff.) Nach der Zeitung „Abre-Beige“ ist die Blockade der belgischen Ostsee im Osten jener belgischen Schiffe aufgehoben worden, die für die belgischen Ostsee Holz annehmen. Eine Meldung bringt die Ankunft des ersten belgischen Schiffes mit Holz aus dem Baltikum in Antwerpen.

Millerand, der Nachfolger Clemenceaus? (Eigener Drahtbericht.)

S. Gaa, 10. Nov. Aus Paris wird gemeldet, daß Millerand zum Nachfolger Clemenceaus auszuwählen sei.

Vordringen der Bolschewisten. (Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 10. Nov. (Wolff.) Laut „Allgemein Handelsblatt“ werden die Bolschewisten drückend, daß sie sich in der Ostsee befinden, von Kiew entfernt haben.

Die Lage Denikins. (Eigener Drahtbericht.)

S. Amsterdam, 10. Nov. Das Moskauer Zentral-büro berichtet von einem Rückzug, nach dem die Lage Denikins in der Ukraine immer kritischer wird. Besonders dadurch, daß in dem Augenblick, wo die Sowjettruppen große Fortschritte machen, die Truppen der ukrainischen Regierung in großer Menge an den Russen überlaufen.

Kolfschafts schwierige Lage. (Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 10. Nov. (Wolff.) Dem „Telegraaf“ zufolge meldet der Korrespondent der „Times“ im Auftrag von Kolfschaft: Die Ereignisse der letzten Woche haben die Lage ganz verändert. Die linke Flanke der zweiten Armee ist auseinandergefallen und Peter Pawlowitsch mußte aufgegeben werden. Das geschah gerade an dem Tage, als der Winter seinen ersten Schnee brachte. Die Bolschewisten mögen sich eine gute Weile für ihre Operationen gewähnen. Die Bolschewisten verfügen über 600 000 Mann Truppen. Die fortwährenden Fehlschläge und die politische Schwäche der Regierung Kolfschaft schadet dem Prestige dieser Regierung bei der russischen Bevölkerung. Eine Krise droht. Die Lust zum Kampfe gegen die Bolschewisten ist in Sibirien nicht besonders groß.

Zwangskurs für westrussische Papiergeld. (Eigener Drahtbericht.)

Kowno, 10. Nov. (Wolff.) Nach wassanweiser Einfuhr des Vermondi-Geldes ist der Doppel- und Marktwert in Schaulen seit einigen Tagen an einem vollständigen Stillstand gekommen, da die Waren zurückgehalten und Lebens-mittel fast nicht mehr aufzutreiben sind. Die russische Kommandantur hat daraufhin unter Androhung von Geld- und Gefängnisstrafen eine Ver-ordnung erlassen, nach der alle Geschäfte den ganzen Tag offen gehalten werden müssen. Die Warenzufuhr aus Schaulen wurde verboten und ein Zwangskurs für das westrussische Papiergeld festgesetzt.

Die Vereinigten Staaten und der Völkerverbund. (Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 10. Nov. Das Pressebüro Radio meldet aus Anapolis, daß der Senat der Vereinigten Staaten am Samstag nachmittag mit 80 gegen 35 Stimmen den von Präsident Wilson für die Unterjuchungsaktion eingetragenen Vorbehalt annahm, daß die Vereinigten Staaten im Falle des Austritts aus dem Völkerverbund allein berufen seien, darüber zu urteilen, ob alle ihre internationalen Verpflichtungen erfüllt sind, und ob alle unter dem Völkerverbund eingegangenen Verpflichtungen erfüllt sind. Der Aus-tritt kann durch übereinstimmende Entscheidung der beiden Häuser des Kongresses beschloßen werden. Ein von Gore eingebrachter Zusatz-antrag, daß der Austritt aus dem Völkerverbund durch eine übereinstimmende Entscheidung des Kongresses mit Zustimmung des Präsidenten beschloßen werden könne, wurde abgelehnt; ebenso wurde ein Antrag von King abgelehnt, daß eine jede Nation bei ihrem Austritt aus dem Völkerverbund allein darüber zu entscheiden habe, ob sie ihre Verpflichtungen gegenüber dem Bunde erfüllt hat.

### Die Arbeiterbewegung in Amerika.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 10. Nov. Das Neuterliche Büro meldet aus New York vom 9. November: Die Razzia auf radikale Agitatoren in Groß-New York dauern fort. Es wurden über 1000 Arbeiter verhaftet, darunter der bekannte irische Arbeiterführer Jim Conlin. Der Erzbischof Telegabh Connors zufolge macht das amerikanische Justizdepartement bekannt, daß die Razzia der Beginn der Ma-regeln der Regierung im ganzen Lande seien, um einen durch die russische Arbeiterbewegung beabsichtigten Versuch, die Regierung zu stürzen, zu vereiteln. Es werden Tausende von Personen aus Amerika ausgewiesen werden.

Zum Streik der amerikanischen Bergarbeiter. (Eigener Drahtbericht.)

Washington, 10. Nov. (Wolff.) Der Vollstrecker des Arbeiterrates hat eine Erklärung veröffentlicht, in der der Streik der Bergarbeiter gerechtfertigt, die völlige Unterjuchung für die freien Arbeiter ausgelegt und die Defensivkräfte im Bestand erhöht wird.

Amerikas Maßnahmen wegen der Kohlen-versorgung. (Eigener Drahtbericht.)

Washington, 10. Nov. (Wolff.) In der Zeitung „The Nation“ werden die den ausländischen Schiffen das Füllen der Bunker mit Kohlen verboten, für eine Veränderung getroffen worden. Der neue Er-laubt den ausländischen Schiffen, Kohlen aufzunehmen, um den unzureichenden Kohlen-erreich zu können. Die Befrachtung mit Kohlen ist völlig unterbunden.

Die Bewegung in Ägypten. (Eigener Drahtbericht.)

S. Kairo, 10. Nov. Der Vizekönig von Ägypten forderte dringend einatische Truppen, um die Unruhen der Einaioren an zu unterdrücken. In Ägypten sind dreien-atische Kreuzer einetroffen, die Truppen an das Land setzten.

### Aus Baden.

Die Mannheimer Angestelltenbewegung. (Eigener Drahtbericht.)

rr. Mannheim, 10. Nov. Die Angestelltenbewegung hat auf die chemische Industrie übergriffen. Der Wandertarif dieser Angestellten-tarife ist Ende Oktober abgelaufen. Die An-gestellten haben mit Aussicht auf die nächste Tage in die chemische Industrie infolge der Kohlen-not zum großen Teil azentiert, sind abgelaufen, eine Wirtschaftsstille zu verlangen, fordern aber tarifliche Verbesserungen, u. a. sollen die Minde-erlöse um je 200 Mk. erhöht und eine Tarifkommission durchgeföhrt werden. Der Arbeiter-verband hat durch weitere Verhandlung abgelaufen, weil die Forderungen über die Kräfte der Arbeit-geber gehen. Die Anwesenheit beschloß die An-gestellten den Schlußpunkt zu setzen.

Als Selbsthilfe gegen Schleichhandel wird amtlich bekannt gegeben:

Wer vorzüglich die Höchstpreise überschreitet, treibt unehrenhaften Schleichhandel. Die Nachbarn aber können trotz ihrer unermüdbaren Tätigkeit nicht durchbringen, wenn das Substitut sie nicht unterrichtet. Gegenüber einem Handel, der die alten ethischen Wege und strengen Rechtsanschauungen verläßt, muß auch das Substitut sein Handeln anders ein-fallen. Früher galt der Satz: Anzeigen ist ein schändliches Ding.“ Heute besteht die Pflicht an Anzeige mit voller Namensnennung an die Anzei-gestelle Karlsruhe des Landespreises, Kriegler. Früher galt es als Selbstverständlichkeit, daß man den beim Kaufvertrag abgemachten Preis bezahlt. Heute besteht die Pflicht, die Gegenstände des täglichen Bedarfs, die in Abicht auf höhere Gewin-geinnung zurückgehalten werden, zu erfassen, und die Lieferleistung der Höchstpreise strafbar zu machen. Die nötige Selbsthilfe des Substituts besteht deshalb darin, daß es die Waren laut in Empfang nimmt, aber nur die Höchstpreise bezahlt.

Seidelsberg, 10. Nov. Auf der Nebenbahn ist der Seidelsberger Schiefer Schiefer aus Seidelsberg tödlich verunglückt. Im Redaktionszimmer wurde der Internist Heinrich Pfeiffer beim Abfertigen eine Stredle weit geschleift und schließlich tödlich verletzt.

Mannheim, 10. Nov. Unter erschweren Um-ständen ist letzter Tage hier ein gefährlicher Einbrecher verhaftet worden. Es handelte sich um einen wegen erschwerter Diebstähle in Mannheim von Hebbesheim, der den Schloßbesitzer einen Revolver vorhielt und dadurch entkam. Nach längerer Nicht-gefangenheit ist dem Einbrecher endlich die Schlinge zugefallen. Der Schloßbesitzer hat bei den Ermittlungen der Gaimirkeitsstellen mit dem Willen gutgeholfen. In den Weimurkungen er-halten die Dienstmädchen fast 7% 5% des Lohnes und fast in den Weimurkungen bis zu zwei-fachten erhöhen diese 1% des Lohnes, Verhö-rung und 70 Mk. Lohn die Woche. Die An-gestellten der Metallindustrie haben die Vermittlung des Arbeitsministeriums angefordert. Ein Vertreter des Ministeriums hörte in Mannheim beide Parteien und stellte eine Paße fest, auf der weitere Verhandlungen zwischen den beiden Parteien stattfinden können.

Freiburg, 10. Nov. Der Stadtrat hat im Ein-stimmigkeit auf die gegenwärtige Brennstoffknappheit, daß weitere Einsetzungen im Krematorium nicht vorgenommen werden dürfen, solange nicht in irgend einer Form dafür genügend Brennstoff beschafft werden können.

Konstanz, 10. Nov. In der letzten Zeit hat die hiesige Schatzmannschaft neun Schieber und Schleichhändler verhaftet. Ferner wurden auch der hiesigen Zweigstelle des Landespreises die schlagwunden von Reich und lebenden Stumm-pendelmuggel über die badisch-schweizerische Grenze hat schmeiß. Wätern zufolge nun dazu zurück, daß die Stumpen in der Schweiz selbst zur und damit teurer werden.

Engen, 10. Nov. Das beim Kohlenhofen ge-legene, ziemlich ausgedehnte Flackland, das Wirt-schaftsministerium unterjucht worden, wobei sich ergeben hat, daß mächtige Lortlager des Abbans hatten und gemessene Mengen von Torfkohle und Brennstoff gewonnen werden können.

# Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

10. bis 26. November.







Karlsruher Stadtrat.

Aus der Sitzung vom 6. November 1919.

Espende. Hofpianofortefabrikant Heinrich Bauer hier hat aus Anlaß seines 40jährigen Gedächtnisjubiläums dem Oberbürgermeister 3000 M., in Wertpapieren mit der Bestimmung übergeben, davon 2000 M. für den „Babischen Deimadant“ (Crisisanschlag Karlsruhe) und 1000 M. für die Ergänzung des Bürgerausstufes. Baufestsetzer August Schneider und Stadtpfarrer D. Karl Seifelhacher haben ihre Ämter als Stadtwahlordner niedergelegt, ersterer wegen seiner Wahl zum Bürgermeister von Gaggenau, letzterer wegen seiner Veretzung nach Baden-Baden. An ihre Stellen treten nach den gesetzlichen Bestimmungen als nächste den gleichen Wahlvorschlagslisten angehörende Bewerber der Zentrumspartei und der deutsch-demokratischen Partei, Buchbinder Philipp C. Lormann und Werkmeister Ludwig Wilhelm Erb. Sie sind danach zu Stadtwahlordnern mit Amtsdauer bis zu den nächsten Erneuerungswahlen im Jahre 1922 gewählt.

Beauftragung für städtische Beamte, Lehrer, Angestellte und Arbeiter. Beim Bürgerentscheid wird die Zustimmung dazu beantragt, daß den vollbeschäftigten Beamten, Lehrern, Angestellten und Arbeitern der Stadt eine einmalige Beauftragungsbewilligung erteilt wird. Sie soll betragen je nach der Ortsgruppe 500 bis 200 M. für Verheiratete, 200 bis 150 M. für jedes zu berufstätigende Kind, 800 bis 150 M. für Ledige. Beauftragungsdienste, die nicht voll beschäftigt sind, erhalten nur die Hälfte dieser Beträge. Die zurückgebliebenen Beamten und Arbeiter und deren Hinterbliebenen sollen ähnliche

Beihilfen erhalten. Der einmalige Gesamtaufwand ist auf über 3 Millionen M. berechnet und soll aus Wirtschaftsmitteln des laufenden Jahres bestritten werden.

Kartoffelversorgung. Angesichts der andauernden Unzulänglichkeit der Lieferung von Kartoffeln für den hiesigen Kommunalverband und der dadurch bedingten geringen Aussicht, den Haushaltungen, die ihren Vorrat noch rechtzeitig vor Eintritt des Wintertrofes anzuführen, stellt der Stadtrat beim Ministerium des Innern den dringenden Antrag, die Frist für die Einlieferung im Wege des Bezugsvereinsverfahrens zum mindesten bis Ende des ablaufenden Monats zu verlängern.

Von der Straßenbahn. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von einem Bericht des Bahnmeisters, wonach die Beschaffung von Mänteln für Straßenbahnen außerordentlich schwierig ist, weil in Deutschland nur noch ein einziges Werk Mäntel für Straßenbahnen macht, es ist dies „Mäntel“ in Duisburg-Muhrort. Gegenwärtig liegt dem Werk ein Auftragsbestand von 50 000 Mänteln vor. Es ist somit auf Jahre hinaus besetzt, zumal seine Leistungsfähigkeit eher fällt als steigt. Das Werk walzte in Friedenszeiten monatlich bis zu 6000 Mänteln, jetzt nur noch 1600—1700 Mänteln. Unter diesen Verhältnissen ist auf eine Lieferung der Straßenbahnen für den Ausbau verchiedener Vorortlinien, der schon geplant war, in absehbarer Zeit nicht zu rechnen.

Erweiterung der Zuständigkeit des Städtischen Gartenamts. Die Zuständigkeit des Städtischen Gartenamts wird dahin erweitert, daß ihm auch die bisher dem Tiefbauamt obgelegene Verwaltung des städtischen Industriegeländes außerhalb des Hafens übertragen wird. Dementprechend wird die Ver-

handlung aller die Verwaltung und den Verlauf betreffenden Fragen hinsichtlich des Industriegeländes außerhalb des Hafens der Rheinrentenkommission übertragen, die fortan die Bezeichnung: „Rheinrenten- und Industriegelände-Kommision“ führt.

Dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Karlsruhe, wird zur Abhaltung seiner regelmäßigen Monatsversammlungen der kleine Saal der Festhalle in bestimmten Tagen eingeräumt. Zur Erleichterung einer Geschäftsstelle werden ihr zwei Räume in dem Verwaltungsgebäude der Erwerbsloserversicherung, Weierheimer Allee 10, zur Verfügung gestellt.

Sozialpolitische Rundschau.

Tarifverhandlungen.

Der Arbeiterverband der Industrie des Handelsamtesbezirks Karlsruhe e. B. und der Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verband haben beantragt, den zwischen ihnen, dem Handels- und Gewerbeverein B. u. H., dem Bund der technischen Angestellten und Beamten, dem Deutschen Wermetrierverband und dem Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten am 15. September 1919 abgeschlossenen Tarifvertrag zur Neuroluna der Gehalts- und Anstellungsverhältnisse für die Angestellten in den kaufmännischen und technischen Berufen gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 für den Amtsbezirk B. u. H. für allgemein verbindlich zu erklären. Einwendungen gegen diesen Antrag können bis zum 15. November 1919 erhoben werden.

Advertisement for Erdal shoes, featuring an illustration of a frog and the text 'Besser als Worte' and 'Schuhputz Erdal'.

Advertisement for Ella Traub, Max Hirsch, Hof-Fotograf, including contact information and dates.

Advertisement for Kragen-Wäscherei Schorpp, offering laundry services and listing various branches.

Advertisement for Prof. W. Jellinek and Frau Irmgard, geb. Wiener, regarding a happy birth.

Advertisement for Elisabeth, reporting the birth of a daughter in Kandern (Baden).

Advertisement for H. Jeschanowsky, a refugee from Russia, offering various goods and services.

Advertisement for Ernst Riehm, a tailor and uniform maker, located at Bahnhofstraße 16 II.

Advertisement for Unfallversicherung beim Deutschen Phoenix, offering accident insurance.

Advertisement for Alfred Trautmann, a private dance institute and teacher.

Advertisement for Daniels Konfektionshaus, offering clothing and fabrics.

Advertisement for Schwerhörigkeit, offering treatment for hearing loss.

Advertisement for Unterricht, offering educational courses.

Advertisement for Musik-Schule A. Hofmann, offering music lessons.

Advertisement for Tanz-Lehrinstitut J. Braunagel, offering dance lessons.

Advertisement for Leipziger gute echte Pelze, offering fur coats.

Advertisement for Alaska-Füchse, offering fur products.

Advertisement for Batterien, offering various types of batteries.

Advertisement for Schreibrisch-Einlagen, offering stationery and writing materials.

Advertisement for Carbidlampen, offering carbide lamps.

Advertisement for Einlaufsengenossenschaft Bad. Gastwirte, offering membership and services.

Advertisement for Schwind, offering songs and ballads.

Advertisement for Kaffee-Restaurant Hildenbrand, offering coffee and restaurant services.

Advertisement for Adolf Bender, offering electrical and plumbing services.

Advertisement for Weißkopf-Kraut, offering a medicinal product.

Advertisement for Aufruhr Plünderung Raub Erpressung, offering insurance services.

Advertisement for Allianz Versicherungs-Gesellschaft, offering various insurance services.

Advertisement for Tierfang-Berein, offering pest control services.

Advertisement for Colosseum, offering theatrical performances.

Advertisement for Meth's Bauern-Theater, offering theatrical performances.

Advertisement for Scharff, offering brushes and cleaning products.

Advertisement for Bodenwachs and Bodenlack, offering floor care products.

Advertisement for Friedrichshof, offering theatrical performances.

Advertisement for Größere Sendung junge lebende Schlachthähne, offering live chickens for sale.

Advertisement for Badisches Landestheater, offering theatrical performances.

Advertisement for II. Sinfoniekonzert, offering a symphony concert.

Advertisement for Lo Kittay, offering telepathic phenomena.







